

Antworten der SPD auf unsere Wahlprüfsteine

Wahlprüfsteine (300 Zeichen):

Gerade auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie ist ersichtlich, dass Frauen noch immer nicht gleichgestellt sind. Strukturelle Probleme sind durch die besondere Situation während der Pandemie noch einmal überdeutlich sichtbar geworden. Daher fragt der Landesfrauenrat Hamburg e.V.:

Was sind Ihre politischen Ideen zur Beseitigung der folgenden strukturellen Defizite in der Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern konkret hinsichtlich folgender Punkte:

1. Kurzarbeit und Minijobs:

Minijobs berechtigen weder zum Bezug von Kurzarbeit- noch zu Arbeitslosengeld. Wie wollen Sie die Minijobs, die zu 2/3 von Frauen ausgeübt werden, so reformieren, dass sie zur sozialen Absicherung der Minijobber:innen und zu besserer Durchlässigkeit in reguläre Beschäftigungsverhältnisse führen?

Wir wollen alle Beschäftigungsverhältnisse in die soziale Sicherung einbeziehen. Dabei wird es Übergänge für bestehende Arbeitsverhältnisse und Ausnahmen zum Beispiel für Rentner*innen geben. Um die Nettoeinkommen von gering Verdienenden zu erhöhen, heben wir die Gleitzone der Midi-Jobs auf 1.600 Euro an.

2. Splittingtarif bei der Einkommensbesteuerung:

Das Steuerrecht fördert durch den Splitting-Tarif die Einverdiener-Ehe besonders. Wie wollen Sie das Steuerrecht so ausgestalten, das zum einen individuell gerechte Steuern vom Lohn einbehalten werden, zum anderen aber auch andere Lebensentwürfe wie Lebensgemeinschaften gerecht besteuert werden?

Wir werden das Ehegattensplitting für neu geschlossene Ehen ändern und für bestehende Ehen ein Wahlrecht einführen, um das Steuerrecht stärker auf Partnerschaftlichkeit hin auszurichten und die Steuerlast bei unterschiedlich hohen Einkommen gerechter zwischen den Eheleuten zu verteilen.

3. Parität

In keinem Parlament Deutschlands sind Frauen gleichberechtigt vertreten. Werden sie sich für eine gesetzliche Regelung, mit der Parteien verpflichtet werden, ihre Listen- und Direktmandate für die Wahl des Deutschen Bundestags paritätisch mit Männern und Frauen zu besetzen, einsetzen?

Gleichberechtigung ist auch eine Frage der politischen Repräsentation. Darum setzen wir uns für Paritätsgesetze für den Bundestag, die Länder und Kommunen ein, damit alle Geschlechter in gleichem Maße an politischen Entscheidungen beteiligt sind.

4. Gewalt gegen Frauen

An jedem 3. Tag wird eine Frau durch ihren Partner oder Ex-Partner umgebracht. Wie setzen Sie sich für Datenerhebung und Forschung zu Femiziden ein, um dieses Gewaltpotenzial zu thematisieren und sich für eine Strafverschärfung sowie für Fortbildungen bei den Strafverfolgungsbehörden stark machen?

Femizide sind die drastischste Form von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Wir werden sie konsequent als solche benennen - und nicht als "Verbrechen aus Leidenschaft" oder "Familientragödie" - und verfolgen. Dafür werden wir Schwerpunktstaatsanwaltschaften einrichten.

5. Pflegeberufe und Entlohnung

Wie wollen Sie sicherstellen, dass pflegende Berufe angemessenere Löhne und bessere Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten erhalten? Die Pandemie machte deutlich, wie gesellschaftlich wichtig und gleichzeitig belastend jene Arbeit ist. Mehr als drei Viertel des Pflegefachpersonals sind Frauen.

Unsere Ziele sind allgemeinverbindliche Branchentarifverträge und eine weitere Erhöhung der Mindestlöhne. Wir werden zudem den Vorschlag eines neuen, bundesweiten und einheitlichen Personalbemessungsrahmens voranbringen. Pfleger*innen müssen sich beruflich weiterentwickeln können.

6. Gender Budgeting / Implementierung

Wie stehen Sie zur Implementierung einer geschlechtergerechten Haushaltspolitik? Der Einsatz öffentlicher Gelder hat direkte Auswirkungen auf die Gesellschaft und ist damit zentral für die Durchsetzung tatsächlicher Gleichstellung. Die Investition in Gleichstellung ist eine demokratische Notwendigkeit.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche durchziehen muss: Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Bildungs- und Rechtspolitik – aber auch Haushalts- und Finanzpolitik. Dies schließt eine geschlechtergerechte Haushaltssteuerung mit ein.

7. Sexuelle Selbstbestimmung, Abschaffung § 218 sowie §219a

§§ 218, 219a StBG stellt den Abbruch sowie die Informationen über den Abbruch der Schwangerschaft unter Strafe. Sexuelle Selbstbestimmung ist ein Menschenrecht. Was werden Sie unternehmen, damit Schwangerschaftsabbrüche nicht mehr unter Strafe gestellt werden?

Wir erkennen die Verantwortung und das Selbstbestimmungsrecht von Frauen an und wollen auch deshalb den Paragraphen 219a abschaffen. Zudem stellen wir in Hinblick auf die Paragraphen 218 ff. fest: Schwangerschaftskonflikte gehören nicht ins Strafrecht.

8. Armut ist weiblich, Absicherung im Alter

Frauen erhalten im Schnitt zwischen 37 - 46 % weniger Renten als Männer. Ein erster Schritt ist die Norm des männlichen Facharbeiters abzuschaffen und ein geschlechtergerechtes Berechnungssystem einzuführen. Wie stellen Sie sicher, dass das Rentensystem geschlechtergerecht reformiert wird?

Wir wollen eine geschlechtergerechte Rente. Unterschiedliche Arbeitszeiten und familienbedingte Tätigkeiten bei den Renten werden wir gerechter behandeln. Langjährige Pflege von Eltern, Schwiegereltern oder anderen Familienmitgliedern dürfen sich nicht mehr negativ auf die Rente auswirken und die eigene Altersarmut bedeuten.